

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten  
Mag<sup>a</sup> Christine Muttonen  
04/2013 (II)*



Liebe FreundInnen!

Am Montag, dem 22. April, fand eine weitere Sondersitzung im Nationalrat statt.

Thema war das Hilfspaket für Zypern, welches diese Woche auf europäischer Ebene beschlossen werden soll und zu dem der Nationalrat zunächst um Zustimmung gebeten werden muss.

Auch dieses Mal gilt: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

P  
A  
R  
L  
A  
M  
E  
N  
T  
S  
M  
A  
I  
L



## FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Am Montag, dem 22. April, trat der Nationalrat zu einer Sondersitzung zusammen, um das internationale Zypern-Hilfspaket zu diskutieren. Die Sondersitzung war notwendig, damit rechtzeitig vor der Sitzung des ESM-Gouverneursrats über die ausverhandelte Gewährung einer Finanzhilfe an Zypern beraten werden kann und die entsprechenden Beschlüsse gefasst werden können. Beschlossen wurde das Paket mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP, die Opposition verweigerte aus unterschiedlichen Gründen die Zustimmung.

SPÖ-Klubobmann **Josef Cap** betonte, dass es bei der **Zypern-Hilfe** um die **Aufrechterhaltung einer funktionierenden und stabilen Eurozone** gehe. Davon hängen auch **österreichische Arbeitsplätze** und der **österreichische Sozialstaat** ab. Die Stabilisierung der Eurozone darf jedoch nicht mit Abbau des Sozialstaates und Belastungen für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sowie für Pensionisten und Pensionistinnen einhergehen. Das ist kein Modell, dem wir unsere Zustimmung erteilen. Positiv herauszustreichen ist, dass zur **Lösung der Zypern-Krise** nicht primär die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler beitragen, sondern die **Großanleger** über 100.000 Euro zur Kasse gebeten werden. Wertvoll ist außerdem, dass es jetzt eine **breite Debatte über internationale Steuerhinterziehung** gibt. Zypern war von seinem Geschäftsmodell her vor allem ein Angebot für Steuerhinterzieher und Geldwäscher. Dieses Geschäftsmodell in Zypern ist jetzt zerstört worden. Die **europäische Wirtschaft braucht keine Modelle**, in denen die **Finanzwirtschaft auf Kosten der Realwirtschaft** und der **Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** dominiert.

Auch **Finanzstaatssekretär Andreas Schieder** betonte, dass das **Zypern-Hilfspaket** zur **Vermeidung größerer Schäden** unabdingbar und **im Interesse Österreichs** ist. Ein Kollaps Zyperns könnte zur Instabilität der Eurozone führen. Die Hilfe setzt am richtigen Punkt an, der **Bankensektor** muss **verkleinert**, die **Aufsicht gestärkt** und die **zweitgrößte Bank**, die Laiki Bank, **abgewickelt** werden. Zudem müssen ein **Trust-Register** eingeführt und **internationale Standards bei Geldwäsche** sichergestellt werden. Das Programm beinhaltet Maßnahmen von etwa **23 Mrd. Euro**, davon hat **Zypern 13 Mrd. Euro selbst** zu tragen, **neun Mrd.** kommen aus dem **ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus)** und **eine Mrd.** steuert der **Internationale Währungsfonds (IWF)** bei. Nun muss ganz Europa politische Lehren aus den aktuellen Entwicklungen ziehen: Die **Realwirtschaft** muss in den **Fokus** gestellt, durch **Regulierung** muss der **Finanzsektor stabilisiert** und **Steuerdumping** muss innerhalb Europas durch eine klare gemeinsame Politik **verhindert** werden.

## Wesentliche Facts zur Zypern-Hilfe

Die Euro-Gruppe hat **Hilfskredite für Zypern** aus Mitteln des **Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM)** und des **IWF** in der Höhe von **10 Mrd. Euro** zugesagt. Das entspricht rund 60 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung Zyperns. Die EU-Kredite kommen nicht den großen maroden Banken zu Gute, denn: Erstmals werden auch **Großanleger** (über 100.000 Euro) **an der Rekapitalisierung** der Banken angemessen **beteiligt**.

Mit der **Schrumpfung des Finanzsektors**, der **Beteiligung von Großanlegern** an den Krisenkosten und der **strengeren Kontrolle der Geldwäschestandards** in Zypern geht die EU **neue Wege in der Krisenbewältigung**. Beim jüngsten Rat der EU-Finanzminister in Dublin hat man sich darauf geeinigt, auch zukünftig bei einer drohenden Bankenpleite **zuerst die Großanleger zur Kasse zu bitten**, bevor die SteuerzahlerInnen einspringen müssen.

### Maßnahmen und Ziele

Der **Kapitalbedarf Zyperns** wird aktuell mit **23 Mrd. Euro** (130 Prozent des zyprischen BIP) beziffert. Die Troika hat **Hilfskredite bis zu 10 Mrd. Euro** (9 Mrd. aus dem ESM, 1 Mrd. vom IWF) zugesagt, der **österreichische Anteil** beträgt max. **270 Mio. Euro**. Die restlichen 13 Mrd. muss Zypern selbst aufbringen und das Volumen durch folgende Maßnahmen reduzieren:

- Ø **Beteiligung der wohlhabenden Bankkunden an den Kosten der Rekapitalisierung** der Bank of Cyprus bei gleichzeitiger **Sicherung aller Einlagen unter 100.000 Euro**. Bei Einlagen über 100.000 Euro wird ein Abschlag verlangt: **Großanleger** müssen rund 8,3 Mrd. Euro **zur Bankenrettung beitragen**. Aus dem EU-Hilfsprogramm fließt dafür kein Geld an die zwei großen maroden Banken.

Mit der direkten Beteiligung der Großanleger am Hilfspaket wurde auf höchster EU-Ebene bestätigt, dass sich auch die **Vermögenden an den Kosten der Krise beteiligen** müssen. Den größten Beitrag leisten **russische StaatsbürgerInnen**, die über **15 Mrd. Euro** auf zyprischen Banken haben. Außerdem: Die **durchschnittlichen Sparzinsen** lagen in Zypern seit 2008 bei **durchschnittlich 5 Prozent**. Daher sind viele zyprische Anleger, die jetzt einen Beitrag zur Sanierung leisten müssen, immer noch besser dran als SparerInnen im Rest Europas, die jahrelang Zinsen unter der Inflationsrate bekamen.

- Ø Die **Aufspaltung und Abwicklung der Laiki-Bank** soll den **Kapitalbedarf** um 4,2 Mrd. Euro **senken** und zur **Schrumpfung des Finanzsektors** beitragen. Niedrige Steuern, schnelle, anonyme Unternehmensgründungen, keine Kontrolle und Verfolgung von Geldwäsche ließen zyprische Banken in den letzten Jahren boomen. Fataerweise investierten die Banken ihre Gewinne nicht sinnvoll, sondern setzten auf **Spekulationen mit griechischen Staatsanleihen** und überboten sich mit wirt-

schaftlich unvernünftigen Angeboten. Auf EU-Ebene wurde klargestellt, dass **Wirtschaftsmodelle, die primär auf einem überbordenden Finanzsektor beruhen, langfristig keine Zukunft haben**. Das zyprische Problem eines **überdimensionierten Banksektors** wird an der Wurzel gepackt und auf EU-Durchschnitt geschrumpft.

- Ø Die **enorm niedrige Unternehmenssteuer** und **KEST** von 10 Prozent sollen um 2,5 Prozent (auf zumindest 12,5 Prozent) **erhöht** werden. Insgesamt soll das 600 Mio. Euro an zusätzlichen Steuern einbringen. Zypern hat die Freiheit des Kapitalverkehrs vorübergehend außer Kraft gesetzt, um Kapital- und Steuerflucht in Folge der Maßnahmen zu verhindern. Damit ergeben sich zukünftig breitere Möglichkeiten.
- Ø **Privatisierungen** in der Höhe von 1,4 Mrd. Euro und **Goldverkäufe** im Wert von 400 Mio. Euro. Ausgabenseitig werden außerdem **Kürzungen bei den Pensionen** und im **Gesundheitsbereich** geplant. Die Hilfen sind außerdem mit der Einhaltung der Geldwäschestandards verknüpft. Der Europarat prüft die Umsetzung der Vorschriften.

## Reden

### Rede zum Zypernhilfspaket

**Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ):** Herr Präsident! Frau Ministerin! Herr Staatssekretär! Meine Damen und Herren! Herr Staatssekretär! Ja, es ist eben so, dass nicht von jedem verstanden wird, was Solidarität letztendlich bedeutet. *(Abg. Dr. Belakowitsch-Jenewein: Und Sie erklären uns das jetzt!)*

Ich möchte noch einmal die zwei entscheidenden Gründe unterstreichen, deretwegen ich die Unterstützung Zyperns durch den ESM für richtig halte. Erstens: Wir verhindern durch das Hilfspaket den ungeordneten Konkurs Zyperns. Wenn Zypern kein Geld durch den ESM erhielte, wäre es innerhalb kürzester Zeit zahlungsunfähig, und das hätte fatale Konsequenzen für die gesamte zyprische Bevölkerung. Die Einlagensicherung, über die heute schon mehrmals gesprochen wurde, würde angesichts eines Fehlbetrags von zirka 30 Milliarden € versagen. In dem Fall hätten alle zyprischen Sparer und Sparerinnen große Teile ihrer Ersparnisse verloren.

Und noch etwas muss klar sein: Ein Staatsbankrott Zyperns hätte nicht nur für die Menschen in Zypern schlimme Konsequenzen, er würde sich auch negativ auf die Situation in Griechenland, Portugal, Spanien und Irland auswirken. Sowohl die EZB als auch die Europäische Kommission und der Internationale Währungsfonds haben deutlich gemacht, dass von Zypern Ansteckungseffekte ausgehen könnten, die die gesamte Eurozone beeinflussen würden. Das können Sie glauben, Herr Kollege Rossmann, oder auch nicht. Können Sie dann aber auch die Verantwortung übernehmen, wenn diese Ansteckungsgefahr wirklich zum Tragen kommt? *(Abg. Mag. Rossmann: Übernehmen Sie die Verantwortung für das Scheitern mit diesem Beschluss?)*

Es ist gerade erst gelungen, mit Hilfe des ESM und der Garantien der EZB die finanzpolitische Situation einiger Staaten zu stabilisieren und vor allem die Hysterie an den Finanzmärkten zu beenden. Die Programme in Irland und in Portugal laufen aus, und Spanien und Italien können sich mittlerweile auf dem Finanzmarkt Geld zu vertretbaren Zinsen holen. Das kann man schon als großen Erfolg bezeichnen. Die Eindämmung dieser Hysterie war dringend notwendig. Was diese Staaten jetzt brauchen und was wichtig ist, sind Ruhe und Stabilität, um jene wirtschaftlichen und politischen Reformen umzusetzen, mit denen die massive Arbeitslosigkeit bekämpft werden kann. *(Beifall bei der SPÖ)*

Das Letzte, was diese Länder brauchen können, ist eine erneute Verunsicherung der Finanzmärkte und ein Ansteigen der Zinsen auf ihre Staatsanleihen, denn damit würde die Finanzkrise in der Eurozone womöglich neu entfacht werden. Und das, meine Damen und Herren, wäre auch nicht im österreichischen Interesse. Wir wollen, dass Portugal, Spanien und die anderen Länder schnell wieder wirtschaftlich stabilen Tritt fassen. Europa muss die Arbeitslosigkeit, die enorme Jugendarbeitslosigkeit in den Griff bekommen. Nur so können wir langfristig sicherstellen, dass auch in Österreich die Arbeitsplätze erhalten bleiben. Mit dem Hilfspaket des ESM schützen wir also letztendlich auch die österreichischen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen.

Zum zweiten entscheidenden Grund, weswegen ich die Zypern-Hilfe für richtig halte: Das Hilfspaket bedeutet einen fundamentalen und längst überfälligen Paradigmenwechsel. Das Zypern-Paket reduziert den Beitrag der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und nimmt dafür diejenigen in die Pflicht, die über viele Jahre hinweg vom riskanten Geschäftsmodell der zypriotischen Banken profitiert haben. Wer riesige Geldbeträge in Banken steckt, die durch riskante Geldgeschäfte abstrus hohe Zinsen versprechen, der muss dann auch die Haftung übernehmen, wenn diese Banken Pleite machen.

Meine Damen und Herren! Das ist ein wichtiger und richtiger Schritt hin zu einer fairen Verteilung der Kosten der Finanzkrise. Das Paket sieht weiters eine Erhöhung der Unternehmens- und der Kapitalertragssteuer vor. Meiner Meinung nach hätte man dabei durchaus weiter gehen können, die Unternehmenssteuer hätte höher sein sollen als das sehr niedrige Niveau Irlands, auf die sie jetzt angehoben wurde. Und auch die Einführung der Finanztransaktionssteuer wäre sicherlich richtig und notwendig gewesen. Vielleicht kann man Zypern in dieser Hinsicht noch überzeugen.

Immerhin: Endlich wird erstmals auf europäischer Ebene auch über die Höhe nationaler Steuersätze verhandelt. Nationale Dumping-Steuersätze dürfen in Zukunft kein Tabu mehr sein. Das muss auf den Tisch kommen, wenn es um den Aufbau einer stabilen und fairen Wirtschafts- und Währungsunion geht, wenn man darüber verhandelt. In der Frage der Geldwäsche sieht das Paket eine vernünftige Regelung vor,

und die Umsetzung dieser Regelungen und Gesetze soll vom Europarat überprüft werden. Auch das ist ein wichtiger Punkt.

Mit all diesen Maßnahmen wird ein Weg gesucht, Zypern aus der Krise zu helfen und Ansteckungen in Europa zu vermeiden. Ich denke daher, dass wir dem vorliegenden Paket zustimmen sollten. – Danke. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

### **Pressemeldungen und Veranstaltungen:**

[Nationalrat - Muttonen : Zypern-Hilfspaket sichert Arbeitsplätze in Österreich \(22.04.2013\)](#)

P  
A  
R  
L  
A  
M  
E  
N  
T  
S  
M  
A  
I  
L

Impressum:  
Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:  
Büro Abg.z.NR Christine Muttonen  
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3  
1017 Wien  
[www.christine-muttonen.at](http://www.christine-muttonen.at)